

STELLUNGNAHME zum Entwurf einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS)

Das Bundesumweltministerium (BMUV) hat einen Entwurf für die im Koalitionsvertrag angekündigte Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie vorgelegt. Übergeordnetes Ziel es ist, den Verbrauch primärer Rohstoffe zu senken und Stoffkreisläufe zu schließen.

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle, ihre Trägerverbände und Mitgliedsunternehmen haben sich an der Erarbeitung der Strategie im „Runden Tisch Metalle“ intensiv durch persönliche Teilnahme an den Diskussionen und durch Stellungnahmen eingebracht.

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle unterstützt das Leitbild der NKWS,

- den Wert von Rohstoffen und Produkten möglichst lang zu erhalten,
- Materialien sparsam zu verwenden und solange wie möglich im Kreislauf zu führen
- zu einer Stärkung der Resilienz und Innovationskraft des Industriestandortes Deutschland beizutragen
- in einer Lebenszyklusperspektive alle Stationen der Wertschöpfung auf Zirkularität auszurichten.

Auch begrüßen wir ausdrücklich die angekündigte Entwicklung einer CO₂-Berechnungsmethode durch das Umweltbundesamt (UBA) sowie die Würdigung der Bedeutung der Wiederverwendung im Baubereich und der dazugehörigen öffentlichen Beschaffung. Feuerverzinkter Stahl, z.B. in Form von Leitplanken, kann immer wieder, ohne Qualitätsverlust, verwendet werden. Diese Eigenschaft sollte bei der öffentlichen Beschaffung oder bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt werden.

In Bezug auf die Kreislaufführung von Verpackungen sehen wir eine einseitige Fokussierung auf Mehrwegquoten kritisch. Denn zur Abfallvermeidung gehört neben der Nutzung von Mehrweg auch die hochwertige Kreislaufführung von Einwegverpackungen. Bis 2045 sollten daher ökologisch vorteilhafte Pfand- und Mehrwegsysteme im Verpackungsbereich etabliert sein. Das bereits gesetzlich verankerte Ziel von 70%-in Mehrwegverpackungen abgefüllten Getränken sollte vielmehr zu einer Zielquote für ökologisch sinnvolle Getränkeverpackungen weiterentwickelt werden (S. 50).

Grundsätzlich sollten die Vorschläge aus der NKWS immer dahingehend geprüft werden, dass sie auch für mittelständische Betriebe (KMU) umsetzbar sind, keine neue Bürokratie schaffen, z.B. durch zusätzliche Meldepflichten, und nicht zu mehr Kosten für die Unternehmen führen, z.B. durch neue Gebühren für Genehmigungen, führen.

Metallindustriespezifische Anmerkungen zum Entwurf der NKWS

Die metallspezifischen Empfehlungen werden im Kapitel 4.9 des Entwurfs zusammengefasst. Die deutsche NE-Metallindustrie hat folgende Anmerkungen zu dem Entwurf:

Zielkonflikt zwischen „Primärrohstoffverbrauch senken“ und „Rohstoffversorgungssicherheit und Rohstoffsoveränität erhöhen“

Die Ziele „Primärrohstoffverbrauch senken“ und „Rohstoffsicherheit und Rohstoffsoveränität erhöhen“ werden als Ziele 1 und 3 im Entwurf gleichrangig nebeneinandergestellt (Seiten iii und iv). Ein geringerer Rohstoffverbrauch erhöht indirekt auch die Rohstoffsicherheit. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass beide Ziele nicht zu widersprüchlichen Maßnahmen führen. Eine absolute Reduktion des Primärrohstoffverbrauches und dessen Substitution durch Sekundärmaterialien geht an der Realität vorbei. Es ist vielfach belegt, dass der Bedarf nach NE-Metallen durch die Energie- Wärme- und Mobilitätswende sowie für Digitalisierung und Dekarbonisierung auf absehbare Zeit weiter zunehmen wird.¹ Angesichts der wachsenden Metallnachfrage wird beides benötigt: Mehr Metallerzeugung aus primären Quellen (Erze/Konzentrate) sowie mehr Metallerzeugung aus sekundären Quellen (Recycling). Der neue EU Critical Raw Materials Act (CRMA) macht die zunehmende Bedeutung der (europäischen) Gewinnung von Primär- und Sekundärrohstoffen deutlich.

Vor diesem Hintergrund erscheint die vorgeschlagene Halbierung des deutschen Primärrohstoffverbrauchs von derzeit 15,3 Tonnen auf 8 Tonnen bis 2045 (Seiten iii und 3) als illusorisch. Der weltweite Durchschnitt liegt derzeit bei ca. 13,3 Tonnen. Eine spezifische Reduktion des Primärrohstoffverbrauchs für Metalle, wie auf Seite 95 des Entwurfs vorgeschlagen, wird abgelehnt.

Neben der Streichung dieser Ziele könnte eine mögliche Lösung in einer sachgerechteren Definition von „Rohstoffverbrauch“ liegen: Aus Rohstoffen (insbesondere Metalle) erzeugte Produkte werden in vielen Fällen nämlich nicht in ihrer Letztverwendung „verbraucht“, sondern oft in langlebigen Produkten wie dem Gebäudebestand, der Infrastruktur oder in Investitions- und Gebrauchsgütern langfristig gebundenen. Die in den Produkten gebundenen Rohstoffe stehen in Zukunft dann als sogenanntes „anthropogenes Lager“ oder „urbane Mine“ wieder zur Verfügung. Eine Wiedergewinnungsabsicht ist insbesondere für die werthaltigen NE-Metalle gegeben. Das anthropogene Lager wächst ständig. Hierzu gibt es umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen des Umweltbundesamtes, auch zu den im Lager gebundenen Metallen.² Die künftig für das Recycling aus dem Lager freigesetzte Rohstoffmengen reduzieren den zukünftigen Rohstoffaufwand. Der in der NKWS gewählte Indikator für den Primärrohstoffbedarf („Raw Material Consumption“ RMC) bildet diese Entwicklungen aber nur zeitverzögert und damit unvollständig ab. Der RMC in vorliegender Form überschätzt daher den Rohstoffverbrauch systematisch und ist in seiner Steuerungsfunktion eingeschränkt.

Vorschlag: Da die im anthropogenen Lager gebundene Rohstoffmengen in der Zukunft einem Recycling wieder zur Verfügung stehen und den Rohstoffaufwand verringern, sollten sie im RMC rohstoffverbrauchsmindernd berücksichtigt werden. Alternativ sollte der Indikator durch einen zusätzlichen Indikator „Entwicklung des anthropogenen Lagers“ ergänzt werden.

¹ [Metals Clean Energy \(eurometaux.eu\)](https://eurometaux.eu)

² [Urban Mining | Umweltbundesamt](#)

Berücksichtigung der Auswirkung hoher Energiekosten auf das Metallrecycling

Es überrascht, dass der Entwurf nicht auf die hohen Preise für Energie (Strom/Gas) als gravierendes Hemmnis für einen weiteren Ausbau der Metall-Recyclingindustrie eingeht. Metallrecycling spart zwar im Vergleich zur Metallgewinnung aus Erzen viel Energie, bei Aluminium sind es z.B. 95 %. Metallrecycling ist daher ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und darüber hinaus meist betriebswirtschaftlich sinnvoll. In Deutschland werden durch Metallrecycling nach Berechnungen des Öko-Instituts ca. 30 Mio. Tonnen CO₂ eingespart³.

Dafür braucht die Metall-Primärgewinnung, aber auch das Metallrecycling einen schlüssigen politischen Rahmen und geeignete Rahmenbedingungen, damit das Ziel, die Schließung von Stoffkreisläufen weiter voranzutreiben, nicht gefährdet wird.

Die Dialogplattform Recyclingrohstoffe des BMWK, deren Ergebnisse Eingang in die NKWS finden sollten, hatte in diesem Zusammenhang auf die folgenden Zusammenhänge hingewiesen:

- Die ökonomischen Zusammenhänge des aktuellen deutschen Strommarktes machen ein energieintensives Recycling von Rohstoffen unwirtschaftlich. Aufgrund der aktuellen Situation am Energiemarkt (...) findet momentan eher eine De-Industrialisierung statt. Firmen reduzieren ihre Aktivitäten beziehungsweise es entsteht der Trend, industrielle Aktivitäten, wenn energieintensiv, nicht mehr in Deutschland zu platzieren.
- Hohe Energiepreise sorgen in der Praxis dafür, dass Metallschrotte zur Wiederverwertung in ausländische Märkte fließen und teuer zurückgekauft werden müssen.
- Durch die politisch gewollte Dekarbonisierung der Industrie und den geforderten Einsatz alternativer Energieträger werden auch für die sekundäre Metallerzeugung neue Ofen- und Brennertechnologien benötigt. Vor dem Hintergrund der angestrebten industriellen Transformation und der damit verbundenen Elektrifizierung verursacht die Entwicklung neuer Umschmelztechnologien hohe Kosten.

Es ist unerlässlich, dass auch die NKWS dazu Vorschläge macht, wie und mit welchen Maßnahmen diesen negativen Trends entgegengewirkt werden kann.

Maßnahmen zur Erhöhung des Angebots an Metallschrotten und kritische Prüfung des Vorschlags zur Einführung eines EU-Zertifikatehandels für Rezyklate

Zur Erhöhung des Angebots von Metallschrotten braucht es insbesondere Maßnahmen wie z.B. besseres Design for Recycling, der Einsatz von recyclingfähigen Werkstoffen, eine lückenlosere Erfassung von metallhaltigen Altprodukten und hochwertigere Sortierung und Aufbereitung von Abfällen. Angebotserhöhend wirkt vor allem weniger Abfluss von Altprodukten, insbesondere Schrotten, in Drittländer außerhalb der EU (worauf die NKWS leider kaum eingeht).

Die Einführung eines europäischen Zertifikatehandelssystems für Rezyklatanteile ist eine neue Idee und wurde unseres Wissens bisher kaum diskutiert. Damit soll es Unternehmen, die Quoten

³ [Wirtschaftsvereinigung Metalle - Artikel: Studie „Klimaschutzpotenziale des Metallrecyclings und des anthropogenen Metalllagers“ \(wvm-metalle.de\)](https://www.wvm-metalle.de/artikel/studie-klimaschutzpotenziale-des-metallrecyclings-und-des-anthropogenen-metalllagers)

übererfüllen, ermöglicht werden, entsprechende Zertifikate an Unternehmen zu verkaufen, bei denen die Umstellung auf Sekundärmaterial mit deutlich höheren Kosten verbunden wäre (Seite 33). Die Bundesregierung sollte sich auf europäischer Ebene zunächst dafür einsetzen, die Umsetzbarkeit und die Vor- und Nachteile der Einführung eines solchen Systems kritisch zu prüfen.

Wirtschaftlichkeit von Separationspflichten für strategische Metalle aus gewerblichen Abfällen

Hoher (energetischer und logistischer) Aufwand für neue Sortier- und Trennprozesse und deren Energie- und CO₂-Bilanz müssen grundsätzlich mit dem größeren ökonomischen und ökologischen Nutzen einer höheren Sortenreinheit abgewogen werden. Zusätzliche Separationspflichten für strategische Metalle aus Gewerbeabfällen werden nämlich nur dann zu einem höheren Angebot an Recyclingmaterialien führen, wenn die höheren Separationskosten im Vergleich zu den erzielten Metallerlösen verhältnismäßig sind, entsprechende Separationstechniken technisch vorhanden und betriebswirtschaftlich einsetzbar sind und die Kosten im Vergleich zum Ausland nicht unverhältnismäßig hoch sind. Andernfalls könnte die vorgeschlagene Maßnahme nur den Export von entsprechenden Abfällen in Länder mit geringeren Standards/Kosten fördern.

Es sollte außerdem zuvor geklärt werden, welche Arten von Gewerbeabfällen ausreichend hohe Gehalte an strategischen Metallen enthalten, die eine Extraktion von strategischen Metallen sinnvoll machen. Eine rein nationale Initiative sollte außerdem im Einklang mit europäischem Recht stehen. Sie wäre gegebenenfalls durch Artikel 25 der EU-Rohstoffverordnung (Critical Raw Materials Act, CRMA) abgedeckt. Allerdings nimmt Art. 25 ausdrücklich Produkte aus, für die auf EU-Ebene bereits Recyclingverordnungen bestehen wie z.B. Batterien, Altfahrzeuge oder Elektroaltgeräte. Dies wäre zur Vermeidung von Doppelregulierungen auch national wünschenswert. Maßnahmen für andere Produkte müssen sich nach den Vorgaben des Art. 25 CRMA an EU-Recht orientieren.

Berlin/Brüssel, den 9. Juli 2024

Kontakt:

Tobias Schäfer

Leiter Europabüro | Kreislaufwirtschaft

Telefon: 0032 2502 1988

E-Mail: schaefer@wvmetalle.de

WirtschaftsVereinigung Metalle, Rue Marie de Bourgogne 58, 1000 Brüssel